

Werbung für Altbekanntes

Die SVP des Kantons Zürich hat zu aktuellen Fragen der Gesundheits- und Sozialpolitik Stellung genommen.

Dabei warb sie vor allem für bereits bekannte Vorschläge und unterstrich ihre Erfolge.

An der gestrigen Medienkonferenz gab Kantonsrat Willy Haderer zu verstehen, dass die SVP in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) die Richtung bestimme. In der Diskussion um die Verteilung der ärztlichen Zusatzhonorare in öffentlichen Spitälern setze die SVP zusammen mit der FDP ein «zeitgemässes Honorargesetz» durch. Das Geschäft ist im Kantonsrat hängig. Im Weiteren warb Haderer

für die beiden Spitalgesetze, die am 21. Mai zur Abstimmung kommen. Die geplante Verselbstständigung des Universitätsspitals Zürich und des Kantonsospitals Winterthur bringe eine klarere Führungsorganisation und ermögliche mehr unternehmerische Freiheiten. Schliesslich äusserte Haderer sich auch zum Gesundheitsgesetz, das in der Kantonsratskommission ansteht. Er plädierte für die Beibehaltung der Bezirksräte als Aufsichtsorgane und sprach sich gegen ein Tabakwerbeverbot aus.

Existenzsicherung genügt

Kantonsrat Claudio Schmid, ebenfalls Mitglied der KSSG, erklärte, wie die SVP den «massiven Sozialhilfemissbrauch» bekämpfen wolle. Zum Beispiel schlug er vor, Sozialhilfebezügern kein Bargeld mehr zu geben, sondern Gutscheine. Zudem brauche es kantonale

Inspektoren und Sozialinspektoren in den Gemeinden. Staatliche Hilfe für in Not geratene Menschen solle sich auf die Existenzsicherung beschränken. Der Trend zu umfassenden gesetzlichen Ansprüchen müsse gestoppt werden.

Gegen Familienzulagengesetz

Thema der Medienkonferenz, an der gleich acht Politiker der Kantonalzürcher SVP referierten, war auch die Bundespolitik. Kantonsrätin Theres Weber kritisierte das neue Familienzulagengesetz, weil es massive Mehrkosten verursache. Es brauche mehr marktwirtschaftliche Instrumente im Gesundheitswesen, erklärte Nationalrat Jürg Stahl zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Dabei kritisierte er die linke Idee einer Staats- und Einheitskasse und warb für die Prämiensenkungsinitiative seiner Partei. (sda)